

**Anfrage der Stadtratsfraktion AFD in der Stadtratssitzung vom 23.09.2024 bzgl.
„Schlägerei im PLUB“;
Stellungnahme der Verwaltung**

Anfrage:

Laut Polizeibericht kam es am 24. August im Schwimmbad (PLUB) zu einer Schlägerei zwischen zwei Heranwachsenden, deren Hintergrund zu diesem Zeitpunkt unbekannt war. Die herbeigerufene Polizei musste einen der Beteiligten gegen dessen Widerstand des Geländes verweisen. Wie üblich wurden seitens der Polizei auch in den Tagen danach keinerlei weitere Informationen zu den Beteiligten veröffentlicht.

Aufgrund dieses Sachverhaltes stellt die AfD Stadtfraktion die Fragen:

1. Welche Informationen hat die Verwaltung bzw. die Geschäftsführung der Stadtwerke zu diesem Vorfall?
2. Wie viele dieser Vorfälle (also von Gewalt und Randale) gab es in den letzten Jahren im Schwimmbad?
3. Welche Maßnahmen hat die Verwaltung bzw. die Geschäftsführung der Stadtwerke bisher umgesetzt, um gegen solche Auswüchse vorzugehen? Wurden Hausverbote erteilt? Wurde Polizei hinzugezogen?
4. Kann hinsichtlich des Hintergrundes der an solchen Vorfällen beteiligten Personen etwas gesagt werden (etwa zu Nationalität, Alter oder Geschlecht)?

Stellungnahme der Verwaltung:

1. Die Polizei – Abteilung Jugendkriminalität- übermittelte uns auf Anfrage die Namen der Tatbeteiligten; eine Videoaufzeichnung liegt nicht vor. Aufgrund des Fehlverhaltens und des daraus resultierenden Polizeieinsatzes wurde ein auf zwei Jahre befristetes Hausverbot verhängt.
2. In den letzten Jahren wurden aufgrund von unterschiedlichen Vorfällen wie folgt Hausverbote erteilt:
2022 – 4 Hausverbote
2023 – 6 Hausverbote
Bis 08/2024 – 5 Hausverbote

Hausverbot wird grundsätzlich bei Sexualdelikten oder Gewalt verhängt, aber auch bei Uneinsichtigkeit des Beteiligten bzw. wegen eines verursachten Polizeieinsatzes.

3. Unsere Mitarbeiter werden jährlich unterwiesen, wie auf Fehlverhalten (Nichteinhaltung der Badeordnung), Sexualdelikten und Gewalt von Badegästen zu reagieren und zu handeln ist. In den meisten Fällen können dadurch weitere Maßnahmen zur Deeskalation und somit ein Polizeieinsatz verhindert werden.
4. Angaben zu Personen unterliegen dem Datenschutz.